

STANDPUNKT

Taschenspieler de Maizière

Alexander Isele über gefährliche Ziele des Bundesinnenministers

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will »das Sicherheitsempfinden der Bürger steigern« – und lässt deshalb am Berliner Bahnhof Südkreuz die automatisierte Gesichtserkennung testen. Es geht um biometrische Daten, anhand derer jede und jeder immer und überall für den Staat überwachbar sein sollen. Das »Projekt Sicherheitsbahnhof« gewährt Einblick in die Überwachungsfantasien des Thomas de Maizière. Gemacht wird, was gemacht werden kann. Seine Verkaufsmasche ist dabei die eines Taschenspielers. Im Angebot hat er das »Empfinden« von Sicherheit, im Gegenzug nimmt er die Anonymität und Rechte der Bürger.

Viele, die sich mit Überwachung beschäftigten, zweifeln an deren Wirksamkeit bei der Verhinderung von Straftaten. Datenschützer sind entsetzt über den Eingriff in das Recht auf »informationelle Selbstbestimmung« der Passanten. Das alles ficht den Innenminister nicht an.

Ab 2018 greift europaweit eine neue Datenschutzgrundverordnung, die der Erfassung biometrischer Daten enge Grenzen setzt. Jahrelang haben das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof Sicherheitsgesetz um Sicherheitsgesetz beanstandet. Auch das ist für de Maizière kein Hindernis. Noch ist ja alles nur ein Test, an dem Menschen freiwillig teilnehmen. Dass der Innenminister mehr überwachen will, ist offensichtlich. Dass er sich gegen die Bedenken von Gerichten und Bürgerrechtlern durchsetzen wird, steht zu befürchten.

UNTEN LINKS

Während die Fußballstadien der Zweitligisten sich nun wieder füllen, bleiben die Ränge in den Erstliga-Arenen noch für ein paar Wochen leer. Schade, dass diese Festungen selbst außerhalb der Saison so gut gesichert sind. Ein besserer Zeitpunkt als die spielfreie Zeit lässt sich für einen Besuch dieser architektonischen Ungetüme nicht denken. Einmal Mutterseelenallein zwischen den bunten Schalensitzen über den Beton schleichen! Einmal die Totenstille genießen an einem Ort, der für das Spektakel geschaffen wurde! Gottverlassener wird man sich auch als einziger Passagier im Kirchenschiff des Petersdoms nicht fühlen. Einmal im Bundesstadion das Rednerpult berühren, wenn weit und breit nichts zu hören ist, weil alle Abgeordneten Urlaub haben! Einmal eine Demonstration auf dem zentralen Platz der Großstadt besuchen, zu der kein Mensch gekommen ist! Einmal zu Fuß über die Autobahn – ohne jede Gefahr, überrollt zu werden! Da wüsste man endlich, was einem fehlt. mha

Gesicht gesichtet?

Bundespolizei startet in Berlin Test zur Erkennung durch Überwachungskameras



Quelle: Sehtestbilder.de/Martin Mißfeldt/William Ely Hill

Berlin. Haben Sie die ältere Dame auf dem Bild erkannt? Oder die jüngere Frau? Gar nicht so einfach, so eine Gesichtserkennung! Und alles andere als unumstritten.

In Berlin startet die Bundespolizei in der kommenden Woche einen Versuch im Bahnhof Südkreuz. Über 250 Testpersonen machen freiwillig mit, sie haben Name und zwei Fotos speichern lassen – und sollen in den kommenden sechs Monaten von Kameras und Computerprogramm erkannt werden.

Beteiligt sind zudem Bundeskriminalamt, Bahn und Bundesinnenministerium. Angeblich geht es um verbesserte Sicherheit und die Ab-

wehr von Gefahren. Vor allem aber ist es ein Technikexperiment, mit dem »Big Brother« noch ein bisschen größer wird.

Dass Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) voll des Lobes für die automatische Gesichtserkennung ist, wundert wenig. Auch nicht, dass sich unter Datenschützern Entsetzen angesichts des Experiments breit macht. Die zuständige Bundesbeauftragte Andrea Voßhoff, eine Parteifreundin von de Maizière, formulierte bereits »grundsätzliche Bedenken«. Denn was womöglich erfolgreich getestet wird, wird später auch massenhaft eingesetzt – mit der Freiheit, sich anonym in

der Öffentlichkeit zu bewegen, wäre es dann nicht mehr allzu weit her.

Abgesehen davon gibt es beträchtliche Zweifel daran, dass so ein System ohne Fehler funktioniert. Der Ex-Pirat und heutige SPD-Mann Christopher Lauer rechnet vor: Schon bei einer Fehlerquote von eins zu einer Million könnte die Gesichtserkennung, die hier eher Verknennung wäre, in Berlin mit seinen drei Millionen Fahrgästen im Öffentlichen Nahverkehr zu drei falschen Polizeieinsätzen führen – und zwar pro Tag. »Es gibt eine totale Fixierung auf nutzlose Überwachungstechnik«, so Lauer. Seite 13

Zulieferer Bosch Teil des Autokartells

Umweltorganisation BUND verklagt Autokonzerne / Dobrindt stoppt Porsche

Die Kartellvorwürfe gegen Deutschlands Autobauer haben weitere Konsequenzen: In den USA reichten drei Personen eine Zivilklage ein.

Von Simon Poelchau

Am jüngst aufgefliegenen Autokartell waren offenbar nicht nur Pkw-Hersteller beteiligt. Auch der Elektronikkonzern und Zulieferer Bosch soll an den fragwürdigen Arbeitsgruppentreffen von Volkswagen, Audi, Porsche, Daimler und BMW beteiligt gewesen sein. Dies meldeten »Der Spiegel« und »Bild am Sonntag« am Freitag mit Verweis auf interne Dokumente.

Auch in den Skandal um manipulierte Abgaswerte ist Bosch verwickelt. Bereits seit 2015 ermittelt die Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen das Unternehmen, weil es VW die Software lieferte, mit der man die Abgaswerte manipulierte. Wie nun bekannt

wurde, hat Bosch den Autobauern auch bei der Dosierung der AdBlue-Harnstofflösung geholfen. Diese wird benötigt, um bei Dieselaautos giftige Stickoxide aus den Abgasen zu filtern. Laut den seit einer Woche im Raum stehenden Kartellvorwürfen sollen sich die Autobauer abgesprochen haben, zu kleine Tanks für die AdBlue-Flüssigkeit eingebaut zu haben, weshalb eine ausreichende Säuberung der Abgase nicht mehr möglich gewesen sei.

»Das fahrlässige bis mutwillige Verhalten der Autobosse muss politische und auch rechtliche Konsequenzen haben«, forderte Verkehrsexperte Werner Reh von der Umweltorganisation BUND. Diese reichte am Freitag bei den Staatsanwaltschaften der Städte Berlin, Stuttgart, München und Hamburg Strafanzeigen wegen des Verdachts der vorsätzlichen Luftverunreinigung durch Stickoxidemissionen aus Dieselfahrzeugen ein. Die Verantwortlichen hätten

wegen der überhöhten Abgaswerte »hohe Gesundheits- und Umweltbelastungen zu verantworten«, so Reh.

In den USA kam es indessen zu einer ersten Zivilklage wegen der Kartellvorwürfe. In ihrer bei einem Bundesgericht in New Jersey

Die Autobosse haben hohe Belastungen von Gesundheit und Umwelt zu verantworten.

eingereichten Klage beschuldigen die drei Kläger die Konzerne Volkswagen, Daimler und BMW, gegen Wettbewerbs- und Verbraucherschutzgesetz verstoßen und sich in unzulässiger Weise bereichert zu haben, wie aus der von dem Gericht veröffentlichten Klageschrift hervorgeht.

Auch Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU), dem eine zu große Nähe zu den Autokonzernen vorgeworfen wird, ist mittlerweile tätig geworden. Er verhängte am Donnerstag für den Geländewagen Porsche Cayenne 3.0 TDI ein Zulassungsverbot und ordnete für europaweit 22 000 bereits zugelassene Autos dieses Typs einen Rückruf an. Bei Tests auf dem Prüfstand war bei den Nobelkarossen eine Aufwärmstrategie angesprochen, die im realen Straßenverkehr nicht aktiv ist. »Wir stufen das als unzulässige Abschaltvorrichtung ein«, so Dobrindt. Mit aktivierter Einrichtung betrogen die Stickoxidemissionen 94,9 Milligramm, unter normalen Bedingungen waren es bis zu 138,55 Milligramm.

Unterdessen mahnte das Verwaltungsgericht Stuttgart am Freitag strengere Maßnahmen gegen Dieselemissionen für die baden-württembergische Landeshauptstadt an. Seite 2 und 4

Auf der Suche nach einer Alternative

Linke im Nahen und Mittleren Osten haben es nicht leicht: »Tod dem Diktator«? Die Verhältnisse machen es ihnen schwer, sich zu organisieren. Die Hoffnung auf Veränderung haben sie sechs Jahre nach der Arabellion dennoch nicht verloren. Seiten 18 und 19

Venezuela rüstet sich zur Wahl

Demonstrationsverbot vor Urnengang

Caracas. In Venezuela droht die Lage kurz vor der Wahl der verfassunggebenden Versammlung weiter zu eskalieren: Obwohl die Regierung ein Demonstrationsverbot ab Freitag ausgesprochen hat, rief die Opposition zu landesweiten Protestmärschen zur »Übernahme Venezuelas« auf. Am Sonntag will Präsident Nicolas Maduro die 545 Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung wählen lassen. Der Staatschef will mit einer neuen Verfassung nach eigenen Angaben dazu beitragen, die schwere Krise in dem Land beizulegen. Seine Gegner werfen ihm vor, er wolle die Verfassunggebende Versammlung mit eigenen Anhängern besetzen, um sich »diktatorische Vollmachten« zu sichern.

Am Donnerstag drohte die Regierung mit Haftstrafen von fünf bis zehn Jahren für alle, die die Wahl durch Demonstrationen oder Proteste stören wollten. Der Oppositionsvertreter Jorge Millán sagte hingegen, die Demonstranten sollten sich darauf vorbereiten, sämtliche Straßen des Landes »zu übernehmen, bis dieser Verfassungsbetrug aufgehalten ist«. AFP/nd Seite 3 und 7

US-Diplomaten raus aus Russland

Neue Sanktionen gegen Moskau

Moskau. Das russische Außenministerium hat der Regierung in Washington am Freitag »empfohlen«, das Personal der US-Botschaft und der US-Konsulate bis 1. September auf 455 Diplomaten und Mitarbeiter zu reduzieren. Die Stärke des US-Personals solle dann exakt der Stärke des russischen diplomatischen Personals in den USA entsprechen. Auch werde der US-Botschaft ab 1. August die Nutzung einer Residenz in der Nähe von Moskau untersagt. Russlands Präsident Wladimir Putin warnte am Donnerstag bei einem Besuch in Finnland, es sei »unmöglich, diese Unversämtheit gegen unser Land ewig zu tolerieren«. Er beklagte eine »wachsende anti-russische Hysterie« in den USA.

Der US-Senat hatte zuvor mit großer Mehrheit neue Sanktionen gegen Russland gebilligt, die mit Verbündeten nicht abgesprochen worden waren. Das Gesetz wird nun Präsident Donald Trump zur Unterschrift vorgelegt. Das US-amerikanische Vorgehen löst in Berlin und der EU Sorge aus, da es auch deutsche und europäische Firmen treffen könnte. Agenturen/nd Seite 2 und 6

Richter stürzen Pakistans Premier

Sharif nach Korruptionsskandal für öffentliche Ämter disqualifiziert

Islamabad. Pakistans Regierungschef Nawaz Sharif ist am Freitag im Zuge eines Korruptionsskandals zurückgetreten. Das Oberste Gericht in Islamabad hatte zuvor erklärt, der 67-jährige Politiker habe sich für öffentliche Ämter disqualifiziert. So sollen Sharif und seine Familie Immobilienbesitz im Ausland verschleiern haben. Dies war durch die sogenannten Panama-Papers bekannt geworden. Pakistans Opposition feierte das Gerichtsurteil als historischen Tag. »Jeder wird jetzt zur Rechenschaft gezogen. Das ist der Anfang«, erklärte der Führer der Pakistan Tehreek-e-Insaf-Partei (PTI), Imran Khan.

Zunächst wird vermutlich Verteidigungsminister Khawaja Asif für 45 Tage als Regierungschef amtieren. Danach dürfte die Partei versuchen, Sharifs Bruder Shahbaz zum Premier wählen zu lassen. Er ist zurzeit Regierungschef in der wichtigen Punjab-Provinz. Die Brüder besitzen zusammen das millionenschwere Stahl-Konglomerat Ittefaq und pflegen enge Beziehungen zu Saudi-Arabien. epd/nd Personalie Seite 2